

Antrag

des Abg. Sebastian Cuny u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Friedensbildung in den baden-württembergischen Kitas und Schulen

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie die Friedensbildung im Orientierungsplan der baden-württembergischen Kindertagesstätten (Kitas) verankert ist;
2. inwiefern die Friedensbildung in der Überarbeitung des Orientierungsplans explizit berücksichtigt wird;
3. wie die Friedensbildung in den Kitas in Baden-Württemberg umgesetzt wird, gerne unter Benennung konkreter Beispiele;
4. welche Fortbildungen es für die pädagogischen Fachkräfte in Kitas zur Friedensbildung gibt;
5. wie die Friedensbildung in den Bildungsplänen der Grundschulen, Sekundarstufen I und II verankert ist;
6. welchen Umfang die Friedensbildung in den jeweiligen Klassenstufen einnimmt;
7. inwiefern es gemeinsame Fortbildungen zur Friedensbildung für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte in der Ganztagsbetreuung bzw. der Ganztagschule gibt;
8. welche Einrichtungen und außerschulischen Akteure die pädagogischen Fachkräfte in den Kitas und die Lehrkräfte bei der Vermittlung von Friedensbildung unterstützen;

9. wie die Landesregierung die in der Antwort auf Ziffer 8 genannten Einrichtungen bei ihrer Arbeit unterstützt;
10. inwiefern seitens des Landes institutionelle finanzielle Förderungen für Einrichtungen, die Friedensbildung anbieten, bestehen;
11. inwiefern die Friedensbildung aus Sicht der Landesregierung ausreichend in den Kitas und Schulen in Baden-Württemberg verankert ist;
12. inwiefern die Landesregierung aufgrund der aktuellen Weltlage der Friedensbildung künftig einen höheren Stellenwert beimessen wird.

10.11.2022

Cuny, Born, Dr. Fulst-Blei, Dr. Kliche-Behnke, Steinhülb-Joos SPD

Begründung

Mit der Agenda 2030 hat sich die Weltgemeinschaft 17 Sustainable Development Goals (SDG) für eine nachhaltige Entwicklung gesetzt. SDG Nr. 16 steht für Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen. Unter anderem sollen alle Formen der Gewalt gegen Kinder beendet werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es von großer Bedeutung, dass schon die Kleinsten erfahren, wie wichtig Frieden ist und wie wir diesen nachhaltig erreichen und erhalten können.

Spätestens durch den brutalen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine wurde uns allen mit Schrecken bewusst, wie nahe Gewalt und Krieg sind und wie zerbrechlich der Frieden auch in Europa ist.

Von elementarer Bedeutung ist deshalb eine fundierte Friedensbildung, die schon in Kitas und Schulen ansetzt. Dieser Antrag soll klären, ob die Friedensbildung in den Kitas und Schulen von Baden-Württemberg ausreichend verankert ist.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 5. Dezember 2022 Nr. KMZ-0141-8-/74/1 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. wie die Friedensbildung im Orientierungsplan der baden-württembergischen Kindertagesstätten (Kitas) verankert ist;*
- 2. inwiefern die Friedensbildung in der Überarbeitung des Orientierungsplans explizit berücksichtigt wird;*

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Im Orientierungsplan für Baden-Württemberg finden sich in unterschiedlichen Bildungs- und Entwicklungsfeldern sinn- und wertorientierte Themenbereiche, die die Grundlage für die Vermittlung von demokratischen Basiskompetenzen und Kompetenzen im Kontext der Friedensbildung im frühkindlichen Bildungsbereich bilden.

Unter den Bildungs- und Entwicklungsfeldern „Gefühl und Mitgefühl“ sowie „Sinn, Werte und Religion“ sind Inhalte subsumiert, die Merkmale eines friedvollen und toleranten gesellschaftlichen Miteinanders vermitteln und fördern: u. a. Empathie und Mitgefühl, entwicklungsentsprechende Konfliktlösungen sowie die Regulation eigener Emotionen und Frustrationstoleranz.

Die Übernahme von Verantwortung für das eigene Handeln und der daraus resultierenden Konsequenzen, mit zunehmendem Alter und Entwicklungsstand auch bezüglich gesellschaftlicher Prozesse und Partizipation, sind ebenfalls Teil frühkindlicher Bildung nach dem Orientierungsplan in Kindertageseinrichtungen.

Aktuell wird der Orientierungsplan weiterentwickelt. Die oben beschriebenen Inhalte werden unter Einbeziehung gegenwärtiger gesellschaftlicher Herausforderungen ergänzt, so z. B. in Bezug auf Migration, demokratische Beteiligung und (inter-)kulturelle Bildung.

3. wie die Friedensbildung in den Kitas in Baden-Württemberg umgesetzt wird, gerne unter Benennung konkreter Beispiele;

Friedensbildung vermittelt Kompetenzen für einen friedlichen und konstruktiven Umgang mit Konflikten auf der Ebene zwischenmenschlicher Beziehungen, auf gesellschaftlicher Ebene und im Kontext internationaler bzw. transnationaler Konflikte.

Zu den grundlegenden pädagogischen Zielen in der frühkindlichen (Friedens-) Bildung gehören die Stärkung der Selbstkompetenz und der Selbstwirksamkeit, die sichere Interaktion mit anderen Kindern sowie die Fähigkeit einer angemessenen Kommunikation. Ausgehend davon werden Konfliktlösungsmöglichkeiten aufgezeigt, Toleranz geübt und Frustrationstoleranz gefördert.

Über demokratiepädagogische Zugänge (z. B. einer Kinderkonferenz oder bei Abstimmungen zu altersgerechten Themen) üben Kinder das Miteinander, trainieren das Zuhören, entwickeln gegenseitiges Verständnis und erarbeiten gemeinsam Lösungen für Probleme.

Die Fähigkeit zu einer gewaltfreien Kommunikation (z. B. nach dem Anti-Bias-Approach) wird durch den Einsatz von themenbezogenen Bilderbüchern in Kindertageseinrichtungen unterstützt. So werden durch dialogische Bilderbuchbetrachtung in der Kleingruppe beispielsweise Vorurteile thematisiert oder Akzeptanz gegenüber anderen Kulturen oder Lebensweisen eingeübt.

Weitere Möglichkeiten zur Demokratie- und Friedensbildung ergeben sich aus der Einbeziehung und Beteiligung von Kindern in die Gestaltung des pädagogischen Alltags und täglicher Abläufe (z. B. Tisch decken, Stuhlkreis vorbereiten, Fragen im Morgenkreis stellen).

Die Vermittlung von Grundrechten und Kinderrechten anhand von vorbereiteten pädagogischen Angeboten, beispielsweise mit Unterstützung von Persona Dolls (Puppen für eine vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung), legen weitere Grundsteine für ein gewaltfreies und tolerantes Miteinander.

Die konkrete pädagogische Umsetzung sowie die konzeptionellen Schwerpunkte liegen entsprechend der Trägerautonomie in Verantwortung und Entscheidung der Kindertageseinrichtung beziehungsweise des jeweiligen Trägers.

4. welche Fortbildungen es für die pädagogischen Fachkräfte in Kitas zur Friedensbildung gibt;

Qualifizierungen und Fortbildungen im Bereich der frühkindlichen Bildung stehen im Verantwortungsbereich der jeweiligen Träger und Trägerverbände. Sie werden in der Regel von den Trägerverbänden selbst, freien Fortbildungsinstituten und vom Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) angeboten.

5. wie die Friedensbildung in den Bildungsplänen der Grundschulen, Sekundarstufen I und II verankert ist;

6. welchen Umfang die Friedensbildung in den jeweiligen Klassenstufen einnimmt;

Die Ziffern 5 und 6 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Aufgrund der Kompetenzorientierung des Bildungsplans an den allgemein bildenden Schulen kann keine konkrete Stundenzahl für die Behandlung einzelner Themen ausgewiesen werden. Friedensbildung spielt jedoch auf allen Ebenen des Bildungsplans 2016 eine wichtige Rolle. Die Leitperspektiven Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt (BTV), Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und Prävention und Gesundheitsförderung (PG) setzen die zentralen Rahmenvorgaben hierfür. Sie sind fächerintegrativ und spiralcurricular in den Fachplänen verankert und sollen Lernende befähigen, einen dialogorientierten, friedlichen Umgang mit unterschiedlichen Positionen zu pflegen und Konflikte gewaltfrei und konstruktiv zu bearbeiten. Zusammenhänge zur Friedensbildung erschließen sich insbesondere über folgende Begrifflichkeiten und Themensetzungen im Bildungsplan (exemplarische Auswahl): Personale und gesellschaftliche Vielfalt; Toleranz, Solidarität, Antidiskriminierung; Konfliktbewältigung und Interessensausgleich; Formen interkulturellen und interreligiösen Dialogs; Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung; Friedensstrategien; Selbstregulation; wertschätzend kommunizieren und handeln; lösungsorientiert Konflikte und Stress bewältigen.

Darüber hinaus finden sich auch auf Ebene der einzelnen Fachpläne wie z. B. Deutsch, Sachunterricht, Gemeinschaftskunde, Geschichte, Religionslehren und Ethik vielfältige Verankerungen der o. g. Konzepte und Begriffe.

In den beruflichen Schulen ist das Thema Friedensbildung bzw. Umgang mit Konflikten v. a. in den Pflichtfächern Geschichte mit Gemeinschaftskunde sowie Religionslehre und Ethik abgebildet. Eines der übergeordneten Leitziele der Bildungspläne ist, auf „das Leben in einer sich dynamisch wandelnden, pluralistischen und demokratisch verfassten Gesellschaft vor[zubereiten“. Auch hier finden sich auf Ebene der einzelnen Fächer zahlreichen Anknüpfungspunkte für die Friedensbildung.

7. inwiefern es gemeinsame Fortbildungen zur Friedensbildung für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte in der Ganztagsbetreuung bzw. der Ganztagschule gibt;

Das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) bietet verschiedene zentrale, regionale und schulinterne Fortbildungsangebote in den Bereichen Schülermitverantwortung (SMV) und Demokratiebildung an, die den konstruktiven Umgang mit Konflikten sowie Möglichkeiten der Partizipation und der Verantwortungsübernahme thematisieren und sowohl von Lehrkräften als auch von pädagogischen Fachkräften und teilweise auch von Schülerinnen und Schülern besucht werden können.

Nachfolgend sind exemplarisch einige Fortbildungen des ZSL aufgelistet:

- Klassenrat und Schülerparlament – Demokratieerziehung in der Grundschule
- Schule mutig verändern – Wir werden eine Antidiskriminierungsschule!
- Barcamp zur Demokratiebildung – Demokratie lernen und leben in der Schule
- Demokratie lernen und leben an unserer Schule – Wie kann die Umsetzung des Leitfadens Demokratiebildung gelingen?

Darüber hinaus bietet das ZSL Fortbildungen zur Umsetzung der Leitperspektive Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt für Lehrkräfte aller Schularten und Schulfächer an. Die Fortbildungsinhalte fokussieren auf Aspekte von Diversität und Diskriminierung im Bereich Schule, wobei immer der gesamtgesellschaftliche Kontext hergestellt wird. Durch Fortbildungen zu unterschiedlichen Diskriminierungsdimensionen (Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Queerfeindlichkeit etc.) werden Lehrkräfte darin geschult, die unterschiedlichen Formen von Diskriminierung im Schulalltag zu erkennen und kompetent dagegen einzuschreiten. Es werden Formen der Prävention und Intervention in den Blick genommen und Räume angeboten, das eigene professionelle Handeln zu reflektieren. Lehrkräfte werden so in den Stand gesetzt, interpersonelle Konflikte von diskriminierenden und merkmalsbezogenen (vgl. die im AGG genannten Merkmale wie z. B. Religion, Herkunft) zu unterscheiden und entsprechend zu handeln.

Ferner stehen allen Interessierten die Angebote der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) grundsätzlich offen.

8. welche Einrichtungen und außerschulischen Akteure die pädagogischen Fachkräfte in den Kitas und die Lehrkräfte bei der Vermittlung von Friedensbildung unterstützen;

9. wie die Landesregierung die in der Antwort auf Ziffer 8 genannten Einrichtungen bei ihrer Arbeit unterstützt;

Die Ziffern 8 und 9 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Baden-Württemberg verfügt mit der bei der LpB angesiedelten Servicestelle Friedensbildung über eine kompetente Anlauf- und Beratungsstelle für pädagogisches Personal und Lehrkräfte an Schulen. Die Servicestelle entwickelt darüber hinaus didaktisches Material sowie methodische Zugänge und bietet Fortbildungen im Bereich der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften an.

Die Gründung der Servicestelle geht auf die Gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung an baden-württembergischen Schulen zurück, der sich inzwischen 18 Mitgliedsorganisationen angeschlossen haben. Darunter sind neben dem Kultusministerium zivilgesellschaftliche Initiativen, kirchliche und gewerkschaftliche Träger von Friedensbildung, die in unterschiedlichem Umfang auch Informationsveranstaltungen, Fortbildungsangebote, didaktische Materialien sowie mediale Zugänge für die Friedensbildung entwickeln (insbesondere die Berghof Foundation oder auch pax christi).

Des Weiteren wird auf die Angebote des Pädagogisch-Theologischen Zentrums Stuttgart (PTZ) und des Religionspädagogischen Instituts Karlsruhe (RPI) verwiesen.

Ferner arbeitet das ZSL abhängig von der jeweiligen Veranstaltungsthematik im Bereich SMV und Demokratiebildung mit verschiedenen Einrichtungen zusammen, die in diesem Kontext Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler unterstützen. Das ist beispielsweise das Demokratiezentrum Baden-Württemberg, die Jugendstiftung Baden-Württemberg oder die Servicestelle Friedensbildung der LpB. Im Bereich der Prävention von Diskriminierung und Extremismus kooperiert das ZSL bei Fortbildungen u. a. mit:

- der Stabstelle Demokratie Stärken der LpB (insbesondere Team meX),
- OFEK e. V. Baden-Württemberg,
- dem Verband deutscher Sinti und Roma BW e. V.,
- der Fachstelle „kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus“,
- ufuq e. V., BildungsBausteine e. V., adis e. V.

Im Bereich Theaterpädagogik/Schultheater macht die Freiburger Schulprojektwerkstatt ein vielfältiges Unterstützungsangebot für Schulen und Lehrkräfte, beispielsweise das Forumtheater – Spielerisches Lösen von Konflikten.

Das Kultusministerium ermöglicht den außerschulischen Akteuren Zugänge zu den Kitas und Schulen sowie den pädagogischen Fachkräften und Lehrkräften die Beteiligung an den Fortbildungsveranstaltungen. Die konzeptionelle Grundlage dafür bilden die im Beutelsbacher Konsens formulierten Grundsätze der politischen Bildung (Überwältigungsverbot, Kontroversität und Handlungsbefähigung). Zudem weist das Kultusministerium auf Projekte und Wettbewerbe von Trägern der Friedensbildung hin und unterstützt sie in der Vernetzung ihrer Arbeit sowie in der Kooperation mit der Servicestelle Friedensbildung. In der Steuerungsgruppe und im Beirat der Servicestelle beteiligt sich das Kultusministerium intensiv an der Weiterentwicklung von Friedensbildung.

10. inwiefern seitens des Landes institutionelle finanzielle Förderungen für Einrichtungen, die Friedensbildung anbieten, bestehen;

Für die Finanzierung der Personalstellen und der Sachausgaben der Servicestelle Friedensbildung erhält die LpB Mittel aus dem Haushalt des Landtags. 2022 stehen der Servicestelle Sachmittel in Höhe von 151 700 Euro sowie zwei Stellen für pädagogische Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter und eine Stelle für Sachbearbeitung zur Verfügung.

11. inwiefern die Friedensbildung aus Sicht der Landesregierung ausreichend in den Kitas und Schulen in Baden-Württemberg verankert ist;

12. inwiefern die Landesregierung aufgrund der aktuellen Weltlage der Friedensbildung künftig einen höheren Stellenwert beimessen wird.

Die Fragen 11 und 12 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Friedensbildung ist für die Landesregierung ein zentrales Anliegen und eine Verpflichtung, die sich bereits aus der in der Landesverfassung verankerten Vorgabe zur Erziehung zur Friedensliebe ergibt.

Friedensbildung ist Teil politischer Bildung und eng mit der Menschenrechts- und der Demokratiebildung sowie der Bildung für Nachhaltige Entwicklung verknüpft. Friedensbildung stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie als ein Verfahren der gewaltfreien Konfliktbearbeitung. Gleichzeitig vermittelt Friedensbildung, in welchem Zusammenhang Frieden, globale Gerechtigkeit und eine nachhaltige Entwicklung stehen und fördert die entsprechenden Urteils- und Handlungskompetenzen. Vor dem Hintergrund aktueller Krisen und Konflikte, aber auch mit Blick auf die bestehenden gesellschaftlichen Herausforderungen für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt, kommt der Friedensbildung daher eine zentrale Bedeutung zu.

Im Orientierungsplan für Kindertageseinrichtungen in Baden-Württemberg wie auch in den Lehrplänen der Fachschulen für Sozialpädagogik (Erzieherinnen- und Erzieherausbildung) sowie der Berufsfachschulen für sozialpädagogische Assistenz (ehemals Kinderpflege) sind grundlegende und aufbauende Inhalte für Demokratiebildung verankert, die in ihrer Umsetzung in der pädagogischen Praxis durch Fachlehrkräfte begleitet und reflektiert werden. In den allgemein bildenden

und beruflichen Schulen ist Friedensbildung umfassend und altersgemäß auf Ebene der Fachpläne sowie in den Leitperspektiven BNE, BTV, PG und dem Leitfadens Demokratiebildung verankert (siehe Antwort zu den Fragen 5 und 6).

Zudem begleitet und unterstützt das Kultusministerium die Weiterentwicklung der Servicestelle Friedensbildung, der Lehrkräftefortbildung und der Modellschulen für Friedensbildung. Ab 2023 werden daher Fortbildungsangebote der Servicestelle Friedensbildung in das Angebotsportfolio des Leitfadens Demokratiebildung integriert. Zudem soll gemeinsam mit den Partnereinrichtungen in der Steuerungsgruppe der Servicestelle ein Kriterienkatalog zur Zertifizierung von Schulen für Friedensbildung erarbeitet werden.

Schopper
Ministerin für Kultus,
Jugend und Sport